

Der TürkeiBesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Eine Nachlese aus türkischer Sicht

Im Mittelpunkt ihres offiziellen Besuchs standen politische Gespräche der Bundeskanzlerin mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Staatspräsident Abdullah Gül. Darüber hinaus kam Merkel mit hochrangigen türkischen und deutschen Wirtschaftsführern sowie mit Vertretern religiöser Minderheiten in der Türkei zusammen. Nach ihren Besuchen in den Jahren 2006 und 2010 war dies der dritte Besuch der Bundeskanzlerin in der Türkei.

Vorberichterstattung und Programmverlauf

Bundeskanzlerin Angela Merkel traf am 24. Februar 2013 zu einem zweitägigen offiziellen Besuch in Gaziantep ein. Im Vorfeld war weitläufig und relativ positiv in den türkischen Medien berichtet worden. In einer der größten türkischen Zeitungen ZAMAN erschien tags zuvor ein Interview mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Hans-Gert Pöttering. In der Vorberichterstattung nahmen die Zusagen der Kanzlerin zu fairen Beitrittsverhandlungen einen breiten Raum ein, die sie sowohl Ministerpräsident Erdoğan bei dessen letzten Berlinvisite im Oktober 2012 sowie dem Europaminister Egemen Bağış anlässlich des CE-LAC-EU Gipfels im Januar 2013 in Chile gemacht hatte.

Das Programm begann mit dem Besuch des deutschen Patriot-Truppenkontingents in

Kahramanmaraş unweit der syrischen Grenze, bei dem sie vom türkischen Verteidigungsminister İsmet Yılmaz begleitet wurde. Vor Ort kritisierte die Kanzlerin erneut das Verhalten Russlands und Chinas im Weltsicherheitsrat, die Sanktionen gegen das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad bislang blockierten.

Bundeskanzlerin Merkel absolvierte vor ihren Gesprächen in Ankara auch ein vielbeachtetes touristisches Programm. In Göreme wurde sie vom Kultur- und Tourismusminister Ömer Çelik sowie mit Rosen aus einem Heißluftballon empfangen. Sie besichtigte in der zentralanatolischen Landschaft Kappadokien die weltberühmten frühchristlichen Kulturdenkmäler und Höhlenkirchen.

Vor ihren politischen Gesprächen legte die Kanzlerin einen Kranz zu Ehren des Gründers der türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk, im gleichnamigen Mausoleum nieder.

Gespräch mit Staatspräsident Abdullah Gül

Anschließend führte Frau Merkel ihr erstes politisches Gespräch in Ankara mit dem türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül. Er empfing die Kanzlerin in seiner Residenz zu einem Mittagessen, bei dem auch die Bot-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
SUNA GÜZİN AYDEMİR

21. März 2013

www.kas.de
www.kas.de/tuerkei

schafter beider befreundeten Länder teilnahmen.

Gül hob in diesem Gespräch unter anderem das ständig zunehmende Handelsvolumen zwischen beiden Ländern hervor, welches im Jahr 2012 über 35 Milliarden US-Dollar betrug. Er äußerte außerdem seine Dankbarkeit für das vorbildhafte Abstimmungs- und Solidaritätsverhalten der Bundesrepublik Deutschland unter NATO-Verbündeten. Der türkische Staatspräsident erwähnte weiters sein anhaltendes Interesse für das seit geraumer Zeit ins Stocken geratene deutsch-türkische Universitätsprojekt in Istanbul, für das er gemeinsam mit dem ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulf im Jahr 2010 den Grundstein gelegt hatte. Diesbezüglich merkte die Bundeskanzlerin in der Pressekonferenz an, dass im deutsch-türkischen Wirtschaftsjahr 2013/2014 auch Fortschritte bei einer spiegelbildlichen Universität für Deutschland und die Türkei in Deutschland gemacht werden könnten.

Das Treffen und die Pressekonferenz mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan

Kanzlerin Merkel wurde vom Ministerpräsident Erdoğan vor dessen Amtssitz mit militärischen Ehren empfangen. Nach einem Zweiergespräch folgten politische Gespräche mit den Delegationen, bei denen die gesamte Palette deutsch-türkischer Anliegen, einschließlich der Situation in Syrien, der aktuellen Lage der EU-Beitrittsverhandlungen, die doppelte Staatsbürgerschaft sowie die Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten bei der Terrorbekämpfung und der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sprache kam. Es schloss sich eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten an, wobei aus türkischer Sicht folgende Aussagen der Kanzlerin besondere Aufmerksamkeit erfuhren:

(1.) Sie wolle, dass der Beitrittsprozess zwischen Ankara und Brüssel vorangeht und

dass trotz ihrer wiederholten Skepsis gegenüber einer Vollmitgliedschaft zumindest ein weiteres EU-Verhandlungskapitel eröffnet wird.

(2.) Merkel betonte ausdrücklich die Kooperationsbereitschaft Deutschlands bei der Terrorbekämpfung, insbesondere was die Aktivitäten der PKK anbelangt- „Alles, was in unserer Macht steht, um den Terrorismus zu bekämpfen, werden wir tun“.

(3.) Die Kanzlerin brachte auch die Frage von inhaftierten Journalisten auf die Tagesordnung. In diesem Zusammenhang forderte sie mehr Presse- und Glaubensfreiheit. "Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Religionsgemeinschaften frei betätigen können wie auch in Deutschland", sagte sie in Bezug auf ihr Treffen mit den Religionsgemeinschaften.

(4.) Auch die Anliegen der deutschen politischen Stiftungen wurden angesprochen: diesbezüglich bekräftigte Merkel deren wertvolle Arbeit in der Türkei sowie ihren Wunsch nach unbeschwertem Arbeitsbedingungen für die Stiftungen.

Ministerpräsident Erdoğan betonte seinerseits die engen wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder. So seien in der Türkei inzwischen etwa 5000 deutsche Firmen vertreten. Die deutschen Direktinvestitionen in der Türkei betragen im letzten Jahrzehnt über 5,5 Milliarden US-Dollar und auch die türkischen Investitionen in Deutschland nähmen ständig zu, seit 2002 auf etwa 1,5 Milliarden US-Dollar. In Deutschland gebe es siebzigtausend türkische und türkischstämmige Geschäftsleute, die in ihren Firmen etwa 350.000 Menschen beschäftigten. Und man erwarte, dass diese Zahl in Deutschland bis zum Jahr 2015 auf 120.000 Firmen mit insgesamt 100 Millionen US-Dollar Umsatz steigt. Erdoğan warb für die Unterstützung Deutschlands nicht nur bei

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
SUNA GÜZİN AYDEMİR

21. März 2013

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

den EU-Beitrittsverhandlungen seines Landes, sondern auch bei der türkischen Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (2015-2016) sowie bei der Bewerbung für die EXPO in Izmir im Jahr 2020. Auf die Frage über die inhaftierten Journalisten erwiderte der Ministerpräsident, dass diese nicht wegen ihrer journalistischen Arbeit in Haft saßen, sondern weil sie angeklagt seien, sich an Umsturzversuchen beteiligt, illegale Waffen besessen oder mit Terrororganisationen zusammengearbeitet zu haben. Seine ablehnende Haltung hinsichtlich des international heftig kritisierten Mangels an Pressefreiheit hat er mit einer gewissen Bereitschaft zum Start eines neuen Prozesses für die Lösung des Zypern-Problems balanciert. Er erwarte aber, dass auch Griechenland als der zweite Garantiestaat für die zypriotische Insel diesbezüglich seinen Verpflichtungen mit gleicher Bereitschaft nachkomme.

Teilnahme an dem deutsch-türkischen Wirtschaftsführerforum

Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen stellte beim ihren dritten Türkei-Besuch einen besonderen Schwerpunkt dar. Merkel wurde bei diesem Besuch von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation begleitet, zu denen die CEOs u.a. von Siemens, Deutsche Bank, Airbus, NBB und Lufthansa gehörten. Bei dem Treffen der deutschen Wirtschaftsdelegation mit türkischen CEOs waren der türkische Wirtschaftsminister Zafer Çağlayan sowie die BDI- und TÜSİAD-Vorsitzenden Ulrich Grillo und Muharrem Yılmaz anwesend. Ministerpräsident Erdoğan hatte seine Teilnahme an diesem Treffen kurzfristig abgesagt.

Bundeskanzlerin Merkel und Wirtschaftsminister Çağlayan hielten zu Beginn des Forums jeweils eine Rede. Merkel stellte dabei Deutschland für mehrere EU-Länder als ein Vorbild und eine Hoffnungsquelle in Zeiten

der Wirtschaftskrise dar. Sie ging über den wirtschaftlichen Schwerpunkt hinaus auch auf politische und kulturelle Fragen wie die EU-Beitrittsverhandlungen sowie die türkeistämmige Bevölkerung von etwa drei Millionen in Deutschland ein. Vor diesem Hintergrund kam auch die Visumsfrage zur Sprache. Die Kanzlerin machte diesbezüglich auf die laufende Zusammenarbeit der beiden Länder zur Erlangung weiterer Erleichterungen für türkische Staatsangehörige aufmerksam. Zudem hat die Bundeskanzlerin der Türkei zugesichert, sie als aktiven Partner an den europäisch-amerikanischen Verhandlungen über eine zukünftige transatlantische Freihandelszone zu beteiligen.

Wirtschaftsminister Çağlayan führte aus, dass bei diesem Anlass die Vertreter von jeweils 16 deutschen und türkischen Großunternehmen zusammenkamen, in denen insgesamt über eine Million Menschen beschäftigt werden, um neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit auszuloten. Die Jahresumsätze dieser Firmen machen zusammen 352 Milliarden US-Dollar aus. Des Weiteren betonte er die Entschlossenheit der Türkei, bis 2023 zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt zu gehören. Dazu werde das Land im nächsten Jahrzehnt in Energie- und Verkehrsbereichen jeweils 130 und 110 Milliarden US-Dollar investieren, wobei eine deutsch-türkische Kooperation in diesen Sektoren sehr erwünscht sei. Außerdem bereite die Türkei Förderungsprogramme für gemeinsame Investitionen in dritten Ländern, insbesondere in der Hightech-Industrie, vor.

Am Ende des Forums wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die Themen Energie und Innovation dominieren. Demnach solle die Liberalisierung des Energiemarktes fortgesetzt werden. Zudem wird in der Erklärung Innovation als ein neuer

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
SUNA GÜZİN AYDEMİR

21. März 2013

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

Bereich für die deutsch-türkische Wirtschaftskooperation entworfen.

Das gemeinsame Treffen von Merkel und Erdoğan mit den religiösen Führern

Vor dem gemeinsamen Abendessen trafen sich die Kanzlerin und der Ministerpräsident mit Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften in der Türkei. Daran beteiligten sich im Einzelnen: der Mufti der Provinz Ankara Hakkı Özer; der Patriarch der griechisch-orthodoxen Kirche Bartholomäus I; der stellvertretende armenische Erzbischof Aram Ateşyan; Oberrabbiner Ishak Haleva; der syrisch-orthodoxe Metropolit des Klosters Mor Gabriel Erzbischof Samuel Aktaş; der stellvertretende Patriarch der syrisch-katholischen Kirche Chorepiskopus Yusuf Sağ sowie der Generalsekretär des Vereins protestantischer Kirchen in der Türkei, Ümit Şahin.

Dieses Gespräch mit den religiösen Oberhäuptern war allein schon deshalb von besonderer Bedeutung, weil erstmals nicht nur die Vertreter der drei im Lausanner Vertrag offiziell anerkannten griechischen, armenischen und jüdischen Minderheiten, sondern die Vertreter von weiteren drei nicht-muslimischen Minderheiten in der Türkei zusammenkamen, um mit Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Erdoğan ihre Anliegen auszutauschen. Die Religionsgemeinschaften haben diese Möglichkeit mit großer Zufriedenheit als ein Zeichen der demokratischen Weiterentwicklung im Land begrüßt.

Die Gesprächsrunde, in denen auch die juristischen Probleme hinsichtlich des rechtlichen Status und der Eigentumsrechte des syrisch-orthodoxen Klosters Mor Gabriel sowie die Frage der Wiedereröffnung des Priesterseminars Halki thematisiert wurde, dauerte etwa anderthalb Stunden. Bartholomäus I. hob bei dieser Gelegenheit die

positiven Entwicklungen in der Türkei hervor und verlieh seiner Zufriedenheit Ausdruck, dass er erstmals eingeladen wurde, im Zuge des Verfassungsreformprozesses im Parlament über seine Anliegen und Forderungen zu sprechen. Dies nähere bei ihm große Hoffnung auf die Wiedereröffnung des Priesterseminars Halki. Auch Erzbischof Ateşyan bedankte sich für die Bemühungen der Regierung zur Rückgabe von Stiftungseigentum. Oberrabbiner Haleva dankte seinerseits der Kanzlerin für ihre Unterstützung bei der neuen gesetzlichen Regelung der Beschneidung in Deutschland.

Bewertung und Ausblick

Dem Besuch lagen keine dringlichen Anliegen zugrunde. „Why is Merkel visiting Turkey“, frage etwa am Vortag in *Daily Zaman* in einem halbseitigen Artikel. Protokollarisch war es allerdings bereits höchste Zeit für einen Besuch, der als „überfällig“ angesehen wurde, zumal Ministerpräsident Erdoğan in der gleichen Zeitspanne bereits sechs Mal die Bundesrepublik besucht hatte. Folglich wurde dieser Besuch auch als eine wichtige politische Geste gewertet. In der Vorberichterstattung kam in der türkischen Öffentlichkeit zudem sehr gut an, dass der dritte offizielle Türkei-Besuch der Bundeskanzlerin für zwei Tage anberaumt wurde. Türkische Medien ließen es dabei nicht unerwähnt, dass Merkels kürzliche Auslandsbesuche in Zypern, Griechenland und Großbritannien jeweils nur auf einen Tag beschränkt waren. Eine nur eintägige Visite in Ankara wäre zweifelsohne als eine Herabstufung der Bedeutung der Türkei von deutscher Seite interpretiert worden.

So verwundert es nicht, dass die Kanzlerin in Ankara auf der gesamten Strecke vom Flughafen bis in die Stadt mit zahlreichen überdimensionalen Plakaten „Herzlich Willkommen“ und „Auf Wiedersehen“ empfangen bzw. verabschiedet wurde. Als be-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
SUNA GÜZİN AYDEMİR

21. März 2013

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

sondere Geste dabei ist zu werten, dass die Plakate in deutscher Sprache - mit händeschüttelnden Bildern der beiden Regierungschefs unter ihren jeweiligen Flaggen - ausgefertigt waren.

Für eine adäquate Bewertung des Besuchs ist das allgemeine politische Umfeld und die Komplexität der deutsch-türkischen Beziehungen zu berücksichtigen. Die bilateralen Beziehungen sind traditionell eng und vielfältig und insbesondere im wirtschaftlichen Bereich sehr gut. Sie beinhalten aber auch eine Reihe von schwierigen und kontroversen Themen, die bei einem offiziellen Besuchs zwar angesprochen werden, sich aber nicht alle im Rahmen eines solchen Besuchs lösen lassen.

So stand türkischerseits das Thema EU-Türkei sehr im Vordergrund, obwohl dies aus deutscher Warte sicherlich so nicht beabsichtigt gewesen sein dürfte. Inhaltlich versuchten die türkische Medien vor allem zwischen den Zeilen zu interpretieren, was (bzw. ob) sich vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Europa und im Nahen Osten in der Türkeipolitik der CDU etwas verändert haben könnte. Für die Türkei sind dabei folgende Entwicklungen ausschlaggebend (1.) Die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes trotz der EU-Krise; (2.) die offenkundigen Fortschritte der Türkei bei der Transformation hin zu einer regionalen Macht und zu einem nennenswerten globalen Akteur sowie (3.) die Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperation beider Länder infolge des Bürgerkriegs in Syrien. All diese Sachverhalte erhöhten die türkischen Erwartungen auch an eine konkrete Unterstützung Deutschlands für den EU-Beitrittsprozess.

Die türkische Öffentlichkeit und die Medien hatten aufmerksam verfolgt, wie Merkel in

der letzten Zeit hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen der Türkei eine zwar nuancierte, gleichzeitig aber auch positiv-affirmative Haltung eingenommen hatte. Bereits vor ihrer Türkeireise gab die Kanzlerin bekannt, dass sie die Eröffnung eines weiteren Kapitels unterstützt. Merkel bekräftigte ihre Position auch während ihrer Türkeireise. Dies war besonders wichtig, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sehr die festgefahrenen Verhandlungen mit der EU sich auf die Unterstützung der türkischen Bevölkerung für den EU-Beitrittsprozess negativ auswirken (wobei man allerdings auch den Einfluss der derzeitigen EU-Wirtschaftskrise nicht unberücksichtigt lassen darf).

Merkels Aussagen zugunsten einer Unterstützung für die Wiederbelebung der Beitrittsverhandlungen wird - gekoppelt mit dem ins Auge gefassten Wechsel der französischen Türkei-Politik seit dem Amtsantritt Hollands und dem klaren Wahlsieg von Nicos Anastasiades auf Zypern (der 2004 für den Annan-Plan geworben hatte) - zusammen betrachtet und als eine gutes Omen für eine verstärkte pro-Türkei Haltung in Deutschland interpretiert. Wie nicht anders zu erwarten war, sind in diesem Kontext auch die Aussagen von Ruprecht Polenz und Günther Oettinger aus den CDU-Reihen auf Interesse in den türkischen Medien gestoßen. Beispielsweise räumte einer der bekanntesten politischen Kommentatoren, Prof. Fuat Keyman, in seiner Kolumne ein, dass auch wenn Deutschland eine Vollmitgliedschaft nicht wünsche, das Land doch kein Hemmschuh für den EU-Beitrittsprozess werden möchte und den Fortschritt in den Beziehungen bevorzuge.

Vor diesem Hintergrund fragen sich politische Beobachter immer wieder, wie stabil die gegenwärtige positive Stimmung in Europa ist und ob in nächster Zeit nennens-

NEWSLETTER

INTERNATIONALE

ZUSAMMENARBEIT

AUSGABE 2 | APRIL 2007

www.kas.de

werte Fortschritte erzielt werden können. Die diesbezüglichen Stolpersteine und die allgemeine Stimmungslage zeigten sich denn auch in der gemeinsamen Pressekonferenz. Auf die offenbar vorhandenen Unstimmigkeiten anspielend, titulierte der bekannte Kolumnist Murat Yetkin diese Pressekonferenz als ein „*mündliches Duell*“ zwischen Merkel und Erdoğan - in Hürriyet Daily News resümierte er dazu „They agree to disagree“.

Bei einigen komplexen Themen machte der Ministerpräsident aber auch wieder kompromissorientierte Aussagen. Insbesondere das Bemühen um eine Lösung des Zypern-Problems und das Unterschreiben des Ankara-Protokolls lehnte er nicht kategorisch ab. Hinsichtlich Zypern signalisierte er die Bereitschaft für den Start eines neuen Prozesses unter der Voraussetzung, dass Griechenland als Counterpart in der Sache entgegenkommt. Vor dem Hintergrund des Ankara-Protokolls schlägt er vor, gleichzeitige Verhandlungen bei der Visa-Freiheit für türkische Bürger in der EU und dem Rückführungsabkommen zu initiieren.

Hinsichtlich der Lösungsvision Erdoğan's bzw. der AKP-Regierung für die Zypern-Frage lieferte der Kolumnist Yavuz Baydar aus Today's Zaman eine aufklärende Reflexion: *“It has become also clear that Erdoğan is willing to resolve the issue in a broader context. He expects a complementary signal from Anastasiades, and has in mind a “package solution” that should involve Cypriots as well as Greece, energy, security and economic cooperation in Eastern Mediterranean, with the backing of Britain and the U.S. Germany can play a crucial role, in both EU and NATO context, if Erdoğan's ideas make any sense.”*

Bei dem Gespräch mit den Religionsführern handelte es sich erst um das zweite Treffen dieser Art. Besonders erwähnenswert dabei war das erweiterte Format dieser Runde: der Kern des Treffens lag darin, dass erstmals über die drei im Lausanner Vertrag anerkannten religiösen Minderheiten hinaus weitere Minderheitenvertreter als gleichberechtigte Gesprächspartner wahrgenommen wurden – eine äußerst bedeutsame Geste für diese Religionsgemeinschaften, die somit sichtbar aufgewertet wurden. So war der Tenor dieses Gespräches auch, dass sich unter der gegenwärtigen Regierung vieles verbessert habe, auch wenn es noch eine Reihe von Problemen gebe. Auch der türkische Staatspräsident Abdullah Gül erkennt den religiösen Minderheiten eine wichtigere Rolle zu: in der Delegation, welche ihn bei seinem letzten Besuch nach Schweden begleitete, befand sich z.B. auch der syrisch-orthodoxe Erzbischof Yusuf Çetin.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen angeht, legten beide Seiten großen Wert auf die wirtschaftliche Komponente des Besuchs, einschließlich einer verstärkten Zusammenarbeit. Auch wenn bei diesem Besuch keine spektakulären Abschlüsse im Vordergrund standen, zeitigte Merkels Besuch hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen doch einige konkrete Ergebnisse. So hat Siemens etwa einen Auftrag zum Bau eines Gaskraftwerks mit einem Geschäftsvolumen von 300 Millionen Euro erhalten. Deutschlands Energiewende und die gemachten Erfahrungen werden in der Türkei genau verfolgt. (Das Land hatte erst vor wenigen Wochen seine Umweltauflagen verschärft). Im Interesse einer Erhöhung der deutschen Investitionen in der Automobilbranche wurde von VW, seinem Türkei-Verteiler Doğu Holding sowie dem türki-

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP
SUNA GÜZİN AYDEMİR

21. März 2013

www.kas.de

www.kas.de/tuerkei

schen Wirtschaftsminister Çağlayan ein Dreiergipfel vereinbart.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt des Türkei-Besuchs der Kanzlerin hat auch in Deutschland Widerhall gefunden. Der Wirtschaftsrat der CDU gründete eine Arbeitsgruppe Deutsch-Türkische Wirtschaftsbeziehungen. Generalsekretär Wolfgang Steiger beschrieb das Ziel wie folgt: „Gemeinsam mit den maßgeblichen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik möchten wir den Austausch stärken, Wachstumshemmnisse beseitigen und Chancen nutzen.“ Zur Gründung dieser Arbeitsgruppe veranstaltete der Wirtschaftsrat am 28. Februar 2013 ein hochkarätig besetztes Bundessymposium mit dem Motto „Deutsch-Türkische Wirtschaftspartnerschaft: Schrittmacher für Wachstum und Innovation“ in Berlin. Daran beteiligten sich u.a. der türkische Minister für Wissenschaft, Industrie und Technologie Nihat Ergün, der türkische Botschafter Hüseyin Avni Karslıoğlu, die frühere niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan sowie der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, MdB Hans-Joachim Otto.

Vor dem dritten offiziellen Türkei-Besuch Angela Merkels als Bundeskanzlerin hatten zahlreiche Beobachter eine schwierige Mission erwartet. Ihr Besuch verlief aber ohne negative Zwischentöne und kann insgesamt als Erfolg bezeichnet werden, wenn auch das Presse-Echo nach dem Besuch eher verhalten blieb.